

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

310 (9.11.1921) Erstes und Zweites Blatt



Ägierung dort doch eben nicht von heute auf morgen erfolgen könne; besonders im Kupfergebiet würde diese Aufgabe sehr schwierig sein, weil dort auch Kemal Pascha nicht überall die nötige Autorität besitze. In Wirklichkeit dürfte es der französischen Politik auf diese Friedensarbeit auch gar nicht so sehr ankommen. Ihr einziges Ziel erhellt vielmehr aus dem Beileidsbrief, mit dem Kemal Pascha das Vertragsdokument nach Paris überliefert hat. Es wird darin die „Hoffnung“ — die der „Temps“ auch als die französische Hoffnung unterstreicht — ausgesprochen, daß durch den Vertrag die engen Beziehungen, die zu allen Zeiten zwischen Frankreich und der Türkei bestanden haben, wieder hergestellt und gekräftigt werden. Herr Franklin-Rouillon hat denn gewiß in Angora mit jedem wünschenswerten Pathos versichert, daß Frankreich auch heute an der traditionellen französischen Orientpolitik, die Unabhängigkeit und Souveränität der Türkei zu schützen, festhalte und dabei diese französische Rolle nicht nur der deutschen Zwangsfreundschaft für die Türkei, sondern auch der gerade in letzter Zeit türkischfeindlichen englischen Politik gegenübergestellt. Mit sehr peinlichen Gefühlen wird man in London wohl folgende Sätze des „Temps“ lesen: „Es genügt, die Abmachung des Vertrages anzusehen, um festzustellen, daß zwischen Frankreich der Siegerin, in dem großen Kriege für die Befreiung der Völker und der Türkei, die durch den Patriotismus Mustafa Kemal Paschas und seiner Freunde sich wieder selbständig gemacht hat, jetzt eine dauerhafte Freundschaft geschlossen ist.“

Die englische Presse hält sich in ihrer Beurteilung des neuen französischen Erfolges aus den oben angegebenen Gründen noch sehr zurück, der so wenig mit dem Kompromißabmachungen hinter den Genuß Völkerbundfüßeln zusammenstimmt. Die schönen Worte an die türkische Adresse würde man den Franzosen ja gerne abnehmen. Aber man weiß in London nur zu gut, daß es um die französische Vorherrschaft zunächst in Cilizien und Syrien und um die französische Kontrolle der Bagdadbahn wie um die Jurisdiktion des enklischen Einflusses in ganz Vorderasien geht, wodurch das große Ziel der britischen Politik, die unbedingte Sicherheit des Landes nach Indien und die Herrschaft über das östliche Mesopotamien von neuem in Frage gestellt werden.

Dr. C. S.

### Die kerkbende deutsche Währung.

(Von unserem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.)

Im Frühjahr 1922 wird nach der Voraussage des vielgenannten Professors Keynes der Augenblick gekommen sein, wo Deutschland zahlungsunfähig sein wird. Da der Dollar im Begriff ist, den Kurs von 200 Mark einzuhalten, dürfte die Katastrophe viel früher, vielleicht noch vor Weihnachten dieses Jahr zu Ende gehenden Jahres eintreten. Die Presse für die einfachen Lebensmittel werden dann eine Höhe erreichen, die man nicht mehr bezahlen kann, auch wenn die Beamten und Angestellten 100 Prozent oder mehr Aufbesserung erhielten. Was dann?

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Gieseler hat in Dresden über den drohenden Zusammenbruch gesprochen. Die Valuta gehört zwar nicht zum Reichtum des Heeresamtes, aber man darf annehmen, daß sich Dr. Gieseler im Namen des Reichskabinetts äußerte, dem er auch nach der Beratung angehört. Er sprach das Schreckenswort aus, von dem wohl niemand glaubte, daß es wieder über die amtlichen Lippen kommen werde: Zwangswirtschaft! Wir müssen zur Zwangswirtschaft zurückkehren, weil viele Menschen mehr essen und verbrauchen als nötig ist, und weil dadurch die Preise steigen. Zur Begründung seines Gedankens führte der Minister an, daß die Entwertung der Mark die Wiederkehr einer Wirtschaftshockade bedeute, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann. Das ist an sich richtig. Aber

die Zwangswirtschaft des Krieges wurde eingeführt nicht wegen der Teuerung, sondern weil überhaupt nichts mehr hereinkam und die vorhandene knappe Ware verteilt werden mußte. Heute liegen die Verhältnisse ganz anders. Gering kommt so ziemlich alles, wenn man es nur bezahlt, und die Zwangswirtschaft mit ihren Krankheiten, dem Wucher und dem Schleichhandel würde die Teuerung, statt sie zu bekämpfen, ins Unerträgliche verschärfen. So kommt man dem Problem nicht mehr bei. Die Teuerung kann nicht in der Ware, sie muß in der Währung geheilt werden, oder wir sind eben verloren. Dr. Gieseler scheint das schließlich doch herausgefunden zu haben, denn er hat, die große Krise des deutschen Staatslebens beginnend, und er stellt die Forderung auf, daß sich das deutsche Volk in seinen schaffenden Ständen zusammenschließen. Politisch ausgedrückt heißt das nichts anderes als: Man lasse endlich den Parteienzwang und den parlamentarischen Aufschub auf sich beruhen! Man bringe endlich die große Koalition zusammen! In Preußen ist sie unter schweren Geburtswehen zustande gekommen. Im Reich hat dieses Gebot der Stunde noch der Erfüllung. Das Währungsproblem ist mit der Wiederentdeckung unlosbar verflochten. Beide Aufgaben sind nur durchzuführen von einer starken Regierung auf breiter Grundlage, die das ganze deutsche Volk mit Ausnahme einer auf einen ganz kleinen Bruchteil verinnerlichten Opposition vertritt und den fürchtbaren Steuer- und Zölnergeiz, das Deutschland zum Neuherrn entschlossen ist, entweder sich durch Stundung und Arbeit zu retten oder in seinem Untergang ganz Europa mitzureißen. Die deutsche Industrie hat es trotz ausgiebiger Schwierigkeiten fertig gebracht, ihre Kreditlinie zu sichern, um für die nächsten Anforderungen der Reparation immer noch den guten Willen Deutschlands zu zeigen. Die Geschäfte privater Mächte haben aber wenig Wert, wenn nicht einheitliche Politik getrieben wird. So hat z. B. der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes es abgelehnt, die internationale Währungskonferenz in London zu besuchen, die von der Sound Currency Association zum 6. Dezember einberufen ist. Das war ein großer Fehler! Er kann zum Teil wieder gut gemacht werden, wenn die offizielle Politik Deutschlands, also die Reichsregierung, die nächste Gelegenheit erweist, das deutsche Währungsproblem auf internationalem Boden zu verhandeln. Aus diesem Anlaß darf wohl die Frage aufgeworfen werden: Was ist aus der Ständigen Valutakommission geworden? Sie wurde im Dezember 1919, also vor fast zwei Jahren, im Reichsfinanzministerium mit großen Mitteln und vielen Mitgliedern eingerichtet. Sie produzierte im Januar und Februar 1920 lange Gutachten, die manchen guten Vorschlag enthielten. Aber seitdem hat man nichts mehr von ihr gehört. Ist es denn nicht an der Zeit, daß die Regierung alle innerpolitischen und außenpolitischen Kräfte, soviel sie nur irgendwie davon zusammenbringen kann, auf diesen einen Brennpunkt richtet: Wie retten wir die Währung, die Wirtschaft und das Volk? Das ist die Frage!

### Deutscher Reichstag.

(142. Sitzung.)

t. Berlin, 9. Nov. (Dr. Regierungstisch) Die Minister Schmidt, Dr. Hermes, Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Auf der Tagesordnung stehen

Keine Anfragen.

Auf eine Anfrage des

Abg. Albrecht-Magdeburg (USP)

wird mitgeteilt, daß im Renawerk in Merseburg eine Katastrophe wie in Oppau nicht zu befürchten sei, da Produkte wie in Oppau dort nicht hergestellt werden.

Zur Vinderung der Not unter den Kleinrentnern

Anfrage Dr. Noeße (DNVP) wird hervorgehoben, daß zu diesem Zweck im Haushalte für 1921 100 Millionen eingestellt sind, die als Zuschuß für Unterhaltungsleistungen der Gemeinden gegeben werden sollen. Auch in steuerlicher Beziehung wird auf die Kleinrentner Rücksicht genommen, soweit die Finanznot des Reiches es zuläßt.

Anfrage Thiel (DNVP) sind 85 Millionen ausgeworfen worden. Bei der Beschränkung der Mittel konnten nur die Schwerbeschädigten und Hinterbliebenen berücksichtigt werden. Die Umanerkennung der Renten wird mit allen Mitteln beschleunigt. Im Bezirk Stuttgart sind von 46 000 Kriegsbeschädigten bisher 11 000 abgefunden worden.

Anfrage Fran Zieg (USP) sollen in das Beamtenverhältnis übernommen werden.

Anfrage Lambach (DN) kann eine Ermäßigung für die Reise in Sanatorien und Heime nicht mehr gewährt werden.

Eine Erhöhung der Zuschläge für Schwerbeschädigte und Hinterbliebene

Anfrage Bruhn (DN) ist beabsichtigt.

Eine Vorlage zur Erhöhung der Beiträge der Kleinrentner der Sozialversicherung

Anfrage Meier-Zwidan (Soz.) ist dem Reichstage zugegangen.

Auf eine Anfrage des Abg. Döblich (DNVP)

wegen der Ausfuhr von Kartoffeln aus dem besetzten Gebiet nach Frankreich, Belgien und Dänemark wird mitgeteilt, daß die Ausfuhr von Kartoffeln in das Ausland auch im besetzten Gebiet grundsätzlich nicht genehmigt wird.

Zur Verhinderung der Verschleppungen von Kartoffeln in das Ausland ist bereits im April eine verstärkte Ausfuhrkontrolle angeordnet worden.

Eine Verstärkung des Ueberwachungspersonals ist in Aussicht genommen. Die Ausfuhr leichterer in kleinen Grenzverkehr soll für Speisekartoffeln zurückgezogen werden. Die Regierungspräsidenten im besetzten Gebiet sind angewiesen, den Kartoffelhandel und dem Kartoffeltransport besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

23 Teilnehmer in einer Versammlung ehem. Offiziere des Infanterieregiments 56 — Anfrage Schöb (DNVP) sind in Ansehung von den Befehlungsgruppen verhaftet worden und dann in Anken mit je 3 Monaten Gefängnis und je 10 000 M. Geldstrafe bestraft worden (Hört! Hört!) Diplomatische Schritte sind eingeleitet.

Eine Schrift des jetzigen Innenministers Köster „Kommun im Herbst 1918 noch weiter kämpfen?“ — Anfrage Mumm (DNVP) — ist mit Reichsmitteln verbreitet worden. (Unruhe rechts)

Die Verfügung über die Schlösser (Anfrage Barb. Komm.) steht den Ländern zu.

Eine Erweiterung der Postabfuhrvergütung zum Besten der Krankenkassen (Anfrage Siebel. Soz.) ist nicht möglich.

Die Verhandlungen gegen Jagow, von Wangenheim und Seltze (Anfrage Rosenfeld, USP) sollten am 7. September stattfinden. Der Vorwurf Verschleppung muß zurückgenommen werden; eine Aufhebung des Haftbefehls ist nicht erfolgt. — Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Die Regierung teilt mit, daß die Interpellation der Unabhängigen Sozialdemokraten über das Fortbestehen von Selbstbehördenorganisationen in der vorgeschriebenen Frist beantwortet wird.

### Die Ausprache über die Steuern

wird fortgesetzt: Reichswirtschaftsminister Schmidt stellt fest, daß nach Abschluß des Ultimatums sich aus politischen Gründen für kurze Zeit eine sehr erhebliche Besserung des Marktkurses ergab. (Widerstand rechts.) Dieser kurze Zeitraum ist ausgenutzt worden, um erhebliche Devisenkäufe vorzunehmen. Im Mai sind 284 Millionen, im Juni 228 Millionen Goldmark beschafft worden, freilich wurden die begebenen Erwartungen nicht erfüllt. Unsere Verbindlichkeiten aus den Reparationen konnte mit diesen Devisen nicht getilgt werden. Einen so weitgehenden Sturz der Mark konnte niemand voraussehen.

Abg. Becker-Hessen (Deutsche Vp.): Der Staatssekretär ist nicht reinzuwaschen. Er hat von der Annahme des Ultimatums eine Besserung des Marktkurses erwartet. Wir haben keinen Anlaß, uns vor die Person des Finanzministers zu stellen. Die neuen Steuern haben keinerlei inneren Zusammenhang. Die Finanzen von Reich und Ländern sind trostlos; alle großen und kleinen Bundesstaaten sind verschuldet. Die alte preussische Sparfamkeit wird wieder zur Geltung kommen; in den letzten zwei bis drei Jahren ist sie verloren gegangen. Das gute Beispiel der Staatsverwaltung wird dann auch auf die anderen Verwaltungen einwirken. Die formalen Betriebe des Reiches erfordern Milliardenausgaben. Das ist ein unhaltbarer Zustand. In der Post- und Eisenbahnverwaltung werden heute noch

Tausende zu viel beschäftigt.

Will die Regierung noch weitere Steuern vorsehen? Diese Stückwerkarbeit muß aufhören. Für 1921 haben wir schon wieder einen Defizitbetrag von 40 bis 50 Milliarden. Können wir überhaupt aus diesem Zustand noch herauskommen? Wie gewirksam wird, erleben wir daraus daß bei der Eisenbahn im Jahre 1913 740 000 Beamte und Arbeiter vorhanden waren, 1919 aber 1 182 000. (Hört! Hört!) Die Rente hat davon gesprochen, daß uns nahebedingte Industriele nach streben, die Staatsbetriebe in ihre Hand zu bekommen. Sie (nach links) sollten sich freuen, daß diese Kreise sich für die staatlichen Betriebe interessieren. (Pochen links.) Die Steuern — — — knapp zur Befriedigung unserer inneren Bedürfnisse für die Kontributionsleistungen heißt nichts anderes. Man schätzt das Volkvermögen auf 100 Milliarden Goldmark. Wenn wir das Minimum erfüllen wollen, so erreichen die Verpflichtungen im Zusammenhang mit den inneren Steuern die Höhe unseres Volkvermögens. Wir hätten unter Einkommen alljährlich restlos abzuführen, wenn wir erfüllen wollen. Brand wird sich am deutschen Privatvermögen schaden halten. Auf das stärkste müssen die Verheerungen des Abg. Braun-Franken zurückgewiesen werden, der gemittelt die Entente darauf aufmerksam machte, daß sie sich am deutschen Privatvermögen schadlos halten könnte. (Ausruf des Abg. Hoch. Soz.: Verleumdung; Ordnungsruf.) Bei unseren Steuern realisiert nicht die wirtschaftliche Vermunft, sondern der Staat die Einkommensverluste der Steuerpflichtigen unter 100 000 M. müssen abgemindert werden; auch die mittlere Steuerklasse, denn sie ruinieren den Mittelstand. Wenn die — — —

infolge der Steuern zusammenbrechen, dann haben die Arbeiter den Schaden zu tragen.

Für den Grundbesitz ist nur eine Schätzung nach dem Ertragswert möglich. Wir lehnen es ab, die Reichsregierung zu ermächtigen, nach ihrem Ermessen Vermögenswerten vorzunehmen. Die vorgeschlagenen Steuererhöhungen wegen ihrer Höhe kapitalverzehrend. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer in irgend einer Form lehnen wir ab. Die heutigen Werte müssen der Besteuerung unterworfen werden, das reelle Vermögen darf nicht dezimiert werden. Der Eintritt in die Steuerberatung verlangen wir

### Badisches Landestheater.

2. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheater-Orchesters.

Daß man wieder einmal eine Mozart-Sinfonie spielte, war zu begrüssen. Die in G-Moll stand auf dem Programm. Das in hahere Farben getauchte Werk, in dem so viel Schmerz ausflutet, fand durch das treffliche Orchester eine hervorragende Wiedergabe. Operndirektor Fritsch Coriolesis, mit Mozarts Kunst wie nur wenige vertraut, dirigierte die Sinfonie mit gehobener Ueberlegenheit. Die von dämonischer Leidenschaft durchzitterten Gesänge gab er mit harkem dramatischen Impuls; für das Andante fand er die rechte inbrünstige Stimmung, und auch das Menuett mit dem wunderbaren poetischen Trio gestaltete er außerordentlich eindringlich.

Erstaufführung für Karlsruhe war die Wiedergabe des sinfonischen Gedichtes „Viola“ von A. Sandberger. Hervorstechend ist in diesem Werk die weiche, einschmeichelnde Stimmung, die Fülle an schönen, anmutigen Melodien. Zwar vermischt man bemerkenswerte eigene Züge, doch wird die sinfonische Dichtung des Münchener Komponisten dank ihrer vornehmen Faktur und der Warmberzigkeit der Tonsprache sicherlich nicht die Hörer ereuen. Das Werk trug auch hier seinem Schöpfer, der selbst dirigierte, sehr herzliche Anerkennung ein.

Das bedeutungsvolle Ereignis des Abends war die Aufführung von Gustav Mahlers „Lied von der Erde.“ Eine Sinfonie für eine Tenor- und eine Alt- (oder Bariton)-Stimme nennt Mahler dieses nachgelassene Werk. Es gehört zum Größten, Schönsten, was dieser mit sanftlicher Leidenschaft seiner Kunst ergebene, allezeit nach dem Höchsten strebende Tonbildner der Welt geschaffen hat. Einmalige Gedichte, vornehmlich solche Li-Tai-Po, liegen dem sechs-jährigen Werk zu Grunde. Wie in der G-Moll-Sinfonie Mozarts, so ist auch hier der Grundton dunkel, laßend, ja bedrückend. Vom Jammer der Erde wird gefungen, von der Einsamkeit im Herbst, von einem trostlosen Abschied.

Von unerhörter Eindringlichkeit und Inbrunn ist in diesem Werk Mahlers Sprache. Im Gegensatz zu mancher seiner anderen Schöpfungen hat man hier nie (oder doch nur ganz selten) den Eindruck des Gesuchten, Ausgeklügelten. Alles erscheint echt, aus innigem Gefühl geboren, von einem an der Welt, an den Menschen Leidenden in Töne verströmt. Vielleicht hat Mahler nie seine Seele mehr entblößt, als da er dieses Lied von der Erde schrieb. „Dunkel ist das Leben, ist der Tod.“ Die Worte klingen über Mahlers bitterem, an Enttäuschungen überreichem Leben.

Eraunlich, wie Mahler sich in das Wesen der ästhetischen Gedichte eingefühlt hat, wie ihr eigenartiger Ton auch in seinen Klängen wiederkehrt. Großes Kolorit hat das Orchester; Farben von wunderbarem Glanze bezugern. Zwingend ist die Führung der Singstimmen; bei aller Selbstlosigkeit wirken sie nie gesucht. Die Natur mit ihren tausend Stimmen wird in diesem Werk lebendig; man fühlt immer wieder den Atem der Erde. Es sind, wie meist bei Mahler, große Klänge auch in diesem Werk. Aber man achtet ihrer kaum bei der Erhabenheit dieser Musik, die das Leidvolle, Sehnsüchtige, Schmerzreiche ebenso zwingend wiedergibt, wie das Leichte, Scherzende etwa im dritten Satz „Von der Jugend.“

Das Werk erfährt eine ausgezeichnete Wiedergabe. Mit fühlbarer Begeisterung setzte sich Fritsch Coriolesis für die Sinfonie ein, trefflich unterstützt durch das Orchester, das an diesem Abend wieder seine Meisterschaft erwies. Das Altpartie sang Magda Spiegel vom Frankfurter Opernhaus, die kürzlich als Brangäne hier mit größtem Erfolg aufgeführt hat. Ihre samtweiche, umfangreiche, feiglichen Ausdrucksfähige Stimme kam dem Mahler-Werk besonders zu statten; mit tiefer Innerlichkeit sang sie die Wieder. Ebenso glücklich war die Wahl des zweiten Solfisten. Fritsch Coriolesis vom Staatstheater in Wiesbaden, von der jüngsten Aufführung der „Toten Stadt“ hier in bester Erinnerung, war zwar infolge einer Indisposition an der Entfaltung seiner schönen Tenorstimme etwas gehemmt, doch besaß er wiederum durch seine

vornehme Sangesart und die sichere, eindringliche Gestaltung.

Das sehr gut besetzte Haus stand stichlich im Banne der außerordentlichen Schöpfung. Es schmeitete Fritsch Coriolesis und die beiden Solfisten durch herzlichen Beifall aus.

Hermann Weid.

### Kunst und Wissenschaft.

Im Anschluß an den Vortrag des Herrn Prof. Drews über Mittheilen schreibt man uns, daß in Kronenburg bei Strahburg i. Els. während der Kriegszeit ein Mittheilen in seiner Gesamtlage freigelegt wurde, das auf Einzelheiten des Geheimnisses ein Licht warf. Das Mittheilen mit Mittheilen und eigenartigen natürlichen Beispielen befindet sich im prähistorischen Museum des Rohanisches am Münsterplatz. So viel wir erinnern, ist das Karlsruher Denkmal formidabler, als Student bewunderte ich schon die wundervolle Saltuna des in Kraft, vornehmer Geistes und apollinischer Schönheit den Stier weidender Gottes. Auch im Meber Stadtmuseum, das durch Prof. Krone seinerzeit trefflich geordnet worden war, sind aut erhaltene Denkmäler gleicher Art vorhanden. In Strahburg-Kronenburg ist das Mittheilen unterirdisch aneclent gewesen. Für das Elfaß gilt, daß vorgeschichtliche Freidenkmäler noch in ziemlich großer Zahl vorhanden sind, lapidare und andere, zu denen auch die Erdburgen, als Vorläufer unserer Bergburgen zu zählen sind. Wir müssen uns solche noch bis ins frühe Mittelalter hinein als sehr zahlreich vorhanden vorstellen. Die Abse als hohe Steinbauten, oft wohl auch aus Kellen gebacken, also Güssen, auch in Holz, dazu, außer den Mensch, die Steinkreise, offenbar — — —

Das wird von archaischen Kanaktern befestigt worden sein, zum Teil auch durch Verfall. Unsere Heimatforschungs- und Denkmalpflegebestrebungen werden die Reste solcher Prähistorik kräftig schäben müssen. Nachbildung in kleinem Modell sollte zur Volkshildung öfters bewirkt werden. Es könnten sich Schüler unter Anleitung damit befassen. Voransetzung wäre aber einige

Kenntnis des Rechnens und Feldmessens, wie es z. B. in schweizerischen Schulen schon lange gelehrt wird. Der Beifall militärischer Dienstzeit unserer Jugend läßt nunmehr Zeit erheben für solche Vorhaben, die zugleich praktische Anwendung der Mathematik bedeuten. Vorhaben ohne Studien und höheres Ziel scheinen mir Selbstvergeudung zu sein.

Prof. Karl Staatsmann.

„Alt-Baden im Bild.“ An dem schönen Gebäude der Ständischen Kunstausstellung an der Westerntaler Allee hat die Leitung der Stadtgesellschaftlichen Sammlungen, Baden-Baden, eine Sonderausstellung „Alt-Baden im Bild“ veranstaltet. An den dort beschafften und angeordneten drei Räumen des Erdgeschosses sind etwa 800 Etüde, Lithographien und Konavette mit interessanten Darstellungen aus dem alten Baden, namentlich der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, in zwölf aneinanderhängend und chronologisch angeordneten Gruppen zur Schau gestellt. Dem aufmerksamen Besucher eröffnet sich ein anziehendes Bild von der olanzvollen Entwicklung der Bäderstadt von ihrem ersten bürgerlich überlieferen Zustand im engeren Mauerbereich bis zur heutigen ansehnlichen Größe. Die von den Stadtgesellschaftlichen Sammlungen angeordnete, durch die Stadtverwaltung und die Freie Künstlervereineung als Eigenheim des Ausstellungsaabandes wirksam unterstützte Veranstaltung ist vermöge des vorzüglichen reichlichen und anreuernden Bildmaterials aus eigenen Beständen und aus anderem öffentlichen und Privatbesitz wohl anerkennenswert. Die Ausstellung für die Belmaktunde zu vertiefen und in immer weitere Kreise zu traen. — Die Ausstellung ist bis zum 20. November ds. Js. täglich von 10—1 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

Volkshochschulkurse. Man schreibt uns: Wegen unauflösbarer Dienstreise ist Herr Dr. Stord, Direktor der Badischen Kunsthalle, die verhängert, seinen Volkshochschulkurs „Die Kunst in Handel und Industrie“ am 11. zu begeben. Der erste Vortrag findet daher erst Freitag 18. November statt.

die Erklärung der Regierung, ob das nun alles ist, was dem Steuerzahler zugemutet werden soll. Die Beratungen müssen unter dem Gesichtspunkte stehen, keine Schädigung der deutschen Wirtschaft, Sanierung der Reichsfinanzen, bis zur äußersten Belastungsgrenze, aber keinen Schritt darüber hinaus.

**Abg. Herr (U.S.P.)**  
Ist die Politik des Abg. Belferich ab. Belferich sei nicht dazu berufen, sich als Ratgeber aufzuspielen! Er trage die Hauptlast an der heutigen Not. Der Redner lehnte die Steuererlässe als unangenehm ab und verlangte sofortige Erhebung des Reichsnotopfers, sofortige Einsetzung sämtlicher Besteuerter und sofortige Verabschiedung des Kapitalverkehrssteuergesetzes und Erhöhung der Zölle.

**Reichsfinanzminister Dr. Hermann**  
beantwortet die persönlichen Angriffe des Abg. Braun-Franken. Die Steuererlässe seien von dem früheren Kabinett abgelehnt worden, also auch von denen sozialdemokratischen Mitstreibern. Wenn gefragt wurde, ob auch weitere Erhöbungen kommen und ob an die Erlassung der Mehrwertsteuer gedacht sei, so sei festzustellen, daß die vorhandenen Steuerquellen im Rahmen des wirtschaftlich Erlaubten nicht ausreichten. Daher sei die Möglichkeit der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft notwendig. Die Vermögenssteuer werde bereits eine Erhöhung der Einkommensteuer dar. (Hört, hört, links.) Im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit müssen wir alles tun, um unsere Pflichten zu erfüllen. Die am 1. November fällige Rate beträgt 270 Millionen Goldmark. Sie ist durch die bereits erlassenen Schlichterungen als abgetragen. Wegen der Höhe der Rate auf 5. Januar werden die Verhandlungen mit der Garantie-Kommission noch keine Klärung erlauben. Die Vermögenssteuer wird den Bestimmungen des Reichsstaats entsprechend, so stark als es nach den wirtschaftlichen Verhältnissen möglich ist, erhoben werden. (Unruhe links.) Die Verordnung, die die Reichssteuererlässe erläßt, wird, wie die Büchsenmacher bei Kaufschüssen auf 1 Prozent festsetzen und bei Sündenverbrechen auf 1 vom Tausend. Es erscheint nicht angebracht, hier bis auf den Höchsten zu gehen. (Unruhe links.) Bei der neu einwirkenden Mehrwertsteuer kann der Höchste von 1 Prozent nicht in Betracht kommen. Es werden hierfür Sätze angeboten werden, die der weitestgehenden Entlastung des Kapitalverkehrssteuergesetzes vorsteht. (Unruhe links.)

**Ein Vertagungsantrag des Abg. Koenen** (komm.) um 6 1/2 Uhr wird nicht genügend unterstützt.

**Abg. Köllin (komm.)** lehnt die Steuererlässe als ein Verhör der Arbeiterklasse ab. Das Schicksal der Bourgeoisie sei belanglos. Er greife mit ihrem Kapitalismus eifrig zu. Der Redner fordert die Beschleunigung der Vermögen aller Oberführer und Staatsmänner der Arianszeit.

**Abg. Dr. Geener (komm. Arbeitgemeinschaft)** wendet sich gegen die Bestrebungen, die ihre wirtschaftliche Macht dem Staat gegenüber auszuüben. Damit schließt die Aussprache.

Es folgen persönliche Bemerkungen.  
**Abg. Braun-Franken (Soz.)** weist den Vorschlag des Abg. Weder zurück, als ob er die Entlastung zum Einschreiten in Deutschland aufzuerlegen habe.

**Abg. Weder-Dessen** hält seine Behauptungen aufrecht.  
Es werden die Besteuerungen dem Steuerzahler, die Verbraucher unter einem Sonderzuschuß und das Gesetz über das Brauereiwesen ebenfalls einem besonderen Ausschuss übergeben.

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am Donnerstag 1 Uhr mit der Tagesordnung zu beginnen: Interpellation Heile (Dem.) wegen Schwierigkeiten mit Deutsch-Oesterreich. Interpellation Hanes (Unabh.) über den Schuß der Entwicklung der Reichsfinanz. Interpellation Müller-Franken (Soz.) über die Deutschen Werke; Beschlüsse der Tagesordnung.

Nach längerer Geschäftsordnungsansprache wird die Beschlußfähigkeit des Hauses anerkannt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten.  
Schluß 9 1/2 Uhr.

**Berlin, 8. Nov.** Die zahlreichen neuen Steuererlässe, die jetzt dem Reichstage vorliegen, sollen nach Abschluß der Steuerdebatte in Ausschüssen überwiesen werden und zwar die Besteuerungen dem Steuerauschuß und die Verbrauchssteuern einem Sonderauschuß. Diese Ausschüsse werden Unterschlüsse bilden. Trotzdem glaubt man nicht, daß man schon im Weihnacht die Beratungen abgeschlossen haben wird.

**Das Beamtenbeholdungsreferat.**  
**Berlin, 8. Nov.** Der Reichsrat (früher Reichsrat) beschäftigte sich in seiner öffentlichen Sitzung am Montag mit dem neuen Besoldungsgesetz. Die Ausschüsse haben den Entwurf der Regierung unverändert angenommen, freilich unter der Voraussetzung, daß Sicherheit dafür besteht, daß auch im Reichstag der Entwurf ohne Änderung angenommen wird und daß die Regierung eine noch näher zu formulierende Erklärung abgibt, daß sie sich bereit erachtet, die Mehrkosten, die den Vätern durch die Regelung der Besoldung erwachsen und so weiter zu stellen. Das Gesetz tritt rückwirkend zum 1. Oktober in Kraft. Die Vorlage ist vom Reichsrat mit Stimmenmehrheit angenommen worden. Für die möglichst unmittelbare Auszahlung der erhöhten Bezüge der Beamten ist Sorge getragen, sobald der Reichsrat die Vorlage verabschiedet hat.

Der Leiter des Deutschen Beamtenbundes wird uns mitgeteilt, der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes habe unter Zustimmung der Vertreter der dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Gewerkschaften die sofortige Einleitung der Besoldungsaktion und die folgenden Beschlüsse beschlossen: Der

Regierung sind sofort — unbeschadet des Abschlusses der gegenwärtigen Vorlage — folgende Forderungen vorzulegen, die sich nach der inzwischen eingetretenen Veränderung der Verhältnisse und nach der Annahme der Gesetzesvorlage für die Beamenschaft nötig machen:

1. Die für Oktober/Dezember zu zahlenden Nachzahlungen auf Grund der neuen Besoldungsordnung sind, soweit sie hinter dem Betrag von 2000 Mk. für den Beamten und 600 Mk. für jeden weiteren von dem Beamten zu unterhaltenden Angehörigen zurückbleiben, im unmittelbaren Anschluß an die Nachzahlung auf diese Beträge auszufüllen.

2. Hebung des Einkommens der unteren und mittleren Beamtengruppen auf eine die Verteilung der Lebensnotwendigkeiten sichernde Höhe. Bei der dabei sofort in Aussicht zu nehmenden Revision der Grundgebaltssätze ist u. a. auf Planmäßigkeit des Verhältnisses der Gehaltsätze der einzelnen Besoldungsgruppen zueinander hinzuwirken.

3. Sofortige Schaffung von Einrichtungen, durch die unter Beteiligung der Beamteneinrichtungen die kurzfristige automatische Anpassung der Bezüge an die fortschreitende Geldentwertung und Teuerung erfolgen muß.

**Der 9. November.**

**Berlin, 8. Nov.** Die Reichsregierung hat für den 9. November angedeutet, daß in den Ländern, in denen dieser Tag als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, auch in den Reichsbetrieben auf die Landesbesetzungsämter Rücksicht zu nehmen sei. In den Ländern, in denen der 9. November nicht als gesetzlicher Feiertag anerkannt ist, wird in den Reichsbetrieben gearbeitet. Wer der Arbeit fernbleibt, hat mit Lohnverlust zu rechnen. Aus arbeitsrechtlichen Gründen der Arbeitskraft soll jedoch keine weitere Kollatur angesetzt werden.

**Immer Lust zu Demonstrationen.**

**Berlin, 8. Nov.** Die „Freiheit“ und der „Vorwärts“ veröffentlichten einen gemeinsamen Aufruf der S. P. D. der U. S. P. D. und der Berliner Gewerkschaftskommission, sowie einen Aufruf des A. S. B. In die Aufrufe wird die Berliner Arbeiterklasse anlässlich des dritten Jahrestages der Revolution aufgefordert, in Versammlungen unter freiem Himmel zu demonstrieren. Um 2 Uhr nachmittags sollen die Arbeiter die Betriebe verlassen und geschlossen zu den Versammlungsorten marschieren.

**Dresden, 8. Nov.** Der sächsische Ministerpräsident hat angedeutet, am 9. November die Regierungsgebäude zu besetzen. Die Sozialdemokraten wollen einen Demonstrationszug veranstalten.

**Berlin, 8. Nov.** Der Betriebsrat der Hochbahn-Gesellschaft hat verlangt, daß am Mittwoch den 9. November der Verkehr der Hochbahn auf 10 Minuten ruhen soll, und zwar von 11 1/2 Uhr bis 12 1/2 Uhr nachmittags. Dieser Verkehrsstillstand soll eine dem Publikum sichtbare Demonstration des Hochbahnpersonals zu Ehren der Revolution sein.

**Die Prüfung der deutschen Finanzlage.**

**Berlin, 8. Nov.** Zur Ankunft der Reparations-Kommission erklärt die Telegraphen-Lion: Der von einem umfangreichen Staff begleiteten Kommission gehören u. a. an: Vertreter Englands, Belgiens, Frankreichs, Vereinigten Staaten und Italiens. Ueber die voraussichtliche Tätigkeit der Kommission erzählt die Telegraphen-Lion weiter, daß neben dem Wunsch der Kommission, sich über die deutschen Zahlungsmöglichkeiten ein klares Bild zu machen, die Absicht besteht, gegebenenfalls eine durchgreifende Veränderung der bisherigen Zahlungsmittel zu erwirken. Die Kommission wird ihre Verhandlungen nicht auf die deutschen amtlichen Stellen beschränken, sondern auch führende deutsche Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens befragen. Hierbei spielt naturgemäß das Problem der deutschen Valuta bzw. die Stabilisierung der Mark eine ausschlaggebende Rolle. Wie verlautet, liegen in dieser Hinsicht bereits bestimmte Pläne vor. Es liegt auf der Hand, daß die rapide Markentwertung der letzten Wochen auch in den ehemals feindlichen Ländern nicht ohne Beforgnis beobachtet wird.

**Paris, 8. Nov.** Nach dem „Temps“ handelt es sich bei der Berliner Reise der Reparations-Kommission u. a. um die von Deutschland verlangte Freigabe einiger deutscher Einnahmequellen, auf die den Verbündeten die Priorität zuzustehen, als Sicherheit zur Beschaffung einer Anleihe.

**Keine Kreditverhandlungen in Paris.**

(Eigener Drahtbericht.)  
**Berlin, 8. Nov.** Aus Entente-Kreisen kommt die Nachricht, daß sich drei prominente Mitglieder der Deutschen Volkspartei, und zwar die Abg. Dr. Stresemann, Stinnes und Kempkes auf der Fahrt nach Paris befinden, um dort in Kreditverhandlungen für Deutschland einzutreten. Dieses Gerücht entbehrt jeder Grundlage. Was a. B. Herr Stinnes betrifft, so befindet er sich zurzeit in München und trifft morgen in Berlin ein. Der Reichstaatsabgeordnete Dr. Stresemann hat noch heute den Verhandlungen seiner Reichstagsfraktion vorzustehen.

**Gegen polnische Gewalt.**

**Berlin, 8. Nov.** Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz eine Note übermittelt, in der es heißt: Das polnische Inspektionsamt in Polen hat am 10. Oktober etwa 1000 deutschstämmige Angehörige in einem von Deutschland an Polen abgetretenen Landesteil anlässlich einer amtlich mitgeteilten, daß der polnische Staat nach dem polnischen Gesetz vom 14. Juli 1920 als Eigentümer dieser Angehörigen eingetragene ist. Die Angehörigen haben bis zum 1. Dezember ihre Grundstücke zu räumen; im Weigerungsfalle wird eine Expropriationsklage angedroht. Es handelt sich bei diesen Angehörigen größtenteils um solche, die nach dem 1. November 1918 angesiedelt sind. Polen hat durch den Friedensvertrag keine Ansprüche erhalten, für sich aus dem Datum des 11. November irgendwelche Rechte herzuleiten. Entschert so das Vorgehen Polens gegen die erwähnten Angehörigen jeder Rechtsgrundlage, so darf die deutsche Regierung ebenso die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz auf die heillosen Härte lenken, die darin liegt, die deutschen Familien zu zwingen, innerhalb 6 Wochen Haus und Hof zu verlassen. Wo und wie für diese Familien in so kurzer Frist bei den schlechten Wohnverhältnissen und Unterbringungsverhältnissen, die in Polen ebenso wie in Deutschland bestehen und deshalb der polnischen Regierung genau bekannt sind, Unterkunft geschaffen werden soll, ist einweilen gar nicht abzusehen. Daß die vertriebenen Familien außerdem eine schwere Einkünfte an ihrem Einkommenverlust zu beklagen haben, ist nach den Umständen der polnischen Regierung gegen das Privatvermögen der Domänenbesitzer vorzunehmen, die die polnische Regierung gegen das Privatvermögen der Domänenbesitzer vorzunehmen hat und die einer einfachen Beschlagnahme des Privatvermögens gleichkommen. Leider anzunehmen. Die deutsche Regierung hat gegen dieses Vorgehen Proteste erheben. Jeder polnische Beamte, der sich an den Beschlagnahmen der polnischen Regierung an dem polnischen Botschafter in Berlin beteiligt, wird die polnische Regierung darauf hinwirken, daß sie von diesen Maßnahmen absticht.

**Die Festlegung der neuen Grenze.**  
**Berlin, 8. Nov.** Die Grenz-Kommission für die Festlegung der neuen Grenze zwischen Deutschland und Polen ist nunmehr gebildet und wird aus sieben Mitgliedern bestehen, und zwar aus dem Vorsitzenden General Berard, einem Franzosen, einem Engländer, einem Holländer, einem Dänen, einem Deutschen (Preuze) und einem Polen (Graf Fischenberg). Die Kommission hat von der Botschafterkonferenz die Aufgabe erhalten, die Grenze so festzusetzen, daß hinter ihr der wirtschaftlichen Verhandlungen keinerlei Schwierigkeiten mehr entstehen können. Die durch das Berliner Diktat festgesetzten Grenzlinien müssen als solche bestehen bleiben. Größere Veränderungen können nicht vorgenommen werden, nur unter Zustimmung der beiden Staaten Deutschland und Polen kann ein Austausch erfolgen. In der nächsten Woche wird die Grenze im einzelnen durch die Botschafterkonferenz festgelegt werden.

**Französische Ingenieure in Oberschlesien.**

**Berlin, 8. Nov.** Wie die Blätter aus Königsgrube melden, trafen auf der dortigen Königsgrube mehrere französische Ingenieure ein, die der Direktion mitteilen, sie sollten nach der Uebergabe von Königsgrube in die Polen den Betrieb der Grube übernehmen. Nach einer andern Meldung soll ein großes Kapital im Kreise Pless Steintohlenfelder erschließen lassen.

**Badische Politik.**

**Ablicht oder Irrtum?**

Es ist auch dem Nichtzeitungsmann bekannt, daß der Anzeigenteil einer Zeitung lebemann gegen Bezahlung offen steht, ohne Rücksicht auf parteipolitische Zugehörigkeit unter der Voraussetzung natürlich, daß eine Anzeige nicht gegen Gesetz und gute Sitte verstößt. Es ist alter Brauch, daß in Wahlzeiten auch Parteien den Anzeigenteil je nach ihren Geldmitteln benützen. Niemanden wird es einfallen, Mißbrauch im Anzeigenteil mit der politischen Stellung eines Blattes in Verbindung zu bringen. In jedem anständigen geleiteten Blatt wird jede Beeinflussung der Redaktion durch den geschäftlichen Teil des Blattes vermieden. Diese Dinge dürften auch dem heiligen Zentrumblatt, dem „Wadischen Beobachter“ bekannt sein. Um so merkwürdiger berührt ein Artikel in der Freitagsummer des „Beobachters“, in dem in etwas schwer verständlichem Deutsch vom „Ausbruch“ berichtet wird, daß „Tagblatt“ hätte Mißbrauch der Volkspartei veröffentlicht, weil es vorkommlich sei, oder umgekehrt gesagt, das „Tagblatt“ sei vorkommlich, weil es Wahlaufrufe dieser Partei im Anzeigenteil veröffentlicht. Wie der „Beobachter“ unsere Politik nennen will, ist uns gleichgültig, aber nicht gleichgültig ist es uns, daß ein Blatt, von dem man doch gewissenhaftigkeit erwarten dürfte, aus dem Anzeigenteil des „Tagblattes“ Schlüsse ziehen will auf die politische Haltung. Bei einem Nichtzeitungsmann wäre ein solches Tun verzeihlich, aber wenn eine Zeitung solche Schlüsse zieht, darf man doch fragen, liegt hier Unkenntnis oder Absicht vor?

**Verbandspräsident Ned Egenstein †.**

Während draußen die Herbststürme brausen, die meisten Blätter zu Boden rieselten, das große Sterben in der Natur begann, stand drinnen in der Krankenstube ein Herz still, das treu und warm für Baden's Landwirtschaft geschlagen hat. Verbandspräsident Ludwig Ned, Bürgermeister von Egenstein, ist von uns gegangen im Herbst seines Lebens, als gerade die Früchte seiner Lebensarbeit zu reifen begannen. Raum hat sich das Grab über unserem untergegangenen 1. Verbandspräsidenten Saenger geschlossen, müssen wir im Verband bad. Landw. Genossenschaften schon wieder am offenen Grabe des 2. Präsidenten stehen. Ned war Saenger's Nachfolger. Er, der hühnerhastige Mann ist in die Fußstapfen seines noch hühnerhastigeren Vorgängers und Freundes getreten und hat den Verband bad. Landw. Genossenschaften Karlsruhe zuerst als stellvertretender Präsident und seit dem 12. September 1921 als Präsident geführt. Geboren wurde Ned zu Egenstein am 14. April 1865. Er besuchte die Volksschule und die Oberrealschule. Groß ist auch bei ihm die Zahl der Ämter, die von allen Seiten vertrauensvoll auf seine breiten Schultern gelegt wurden. Er zählt zu den Veteranen des landw. Genossenschaftswesens. Seit 1890 war er ununterbrochen Vorstand des landw. Ortsvereins, leitete Ein- und Verkaufsgenossenschaft Egenstein. 1900 hat ihn seine Gemeinde zum Oberhaupt gewählt. Im gleichen Jahre wurde er Mitglied der Kreisversammlung und dann des Kreis-Ausschusses. Von 1905 bis 30. Oktober 1921 war er Mitglied des Landtages und als solches in den Kommissionen für Eisenbahnen und Straßen, im Haushaltsausschuß und im Ernährungsbeirat. Hierbei war es ihm ver-

gönnt, viel Gutes für die Landwirtschaft zu tun. Als stellvertretender Vorsitzender gehörte er dem Kreditverband Freiburg an und als Ausschickrat der Kreditverbandsskaffe an. Beim Badischen landw. Verein war er Gauvertreter des Pfingstgauerverbandes und 1. Vorsitzender des landw. Bezirksvereins Karlsruhe, ferner Mitglied und Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer, Vertreter des Kreises Karlsruhe in der Gebirgs- und Viehversicherungskasse und bei der Norddeutschen Hagelversicherung. Er war 2. Vorsitzender des Kreisvereins der freiwilligen Feuerwehr und Aufsichtsrat der Winterschule Graden.

1913 rief ihn die Badische Landwirtschaftsbank Karlsruhe in ihren Vorstand. 1919 wurde er Bezirksobmann der landw. Genossenschaften des Bezirkes Karlsruhe. Im gleichen Jahre kam er in den Ausschuß des Verbandes bad. Landw. Genossenschaften Karlsruhe und wurde stellvertretender Verbandspräsident. Die Badische landw. Hauptgenossenschaft Karlsruhe ehrte ihn durch Berufung in ihren Vorstand.

Die schwere Arbeit und die Aufregungen und Sorgen, die die vielen Ämter mit sich brachten, nagten an seinem Lebensmarf. Tief im Innern sah ihm ein Feind, der ihn in der letzten Zeit zwang, sich immer mehr aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. War auch sein Körper schwach, sein Geist blieb ungechwächt. Bis zuletzt hat er für die Landwirtschaft und die landw. Verbände gesorgt. Am 7. November ist er seinem Freunde Saenger in die ewige Heimat nachgefolgt.

In tiefer Trauer stehen die badische Landwirtschaft und ihre Verbände an der Bahre dieses treuen Mannes, dieses eifrigen Förderers der Landwirtschaft und des Genossenschaftswesens. Sein Leben war lüthlich gewesen, denn es war Mühe und Arbeit im Dienste der Allgemeinheit. Wer ihn kannte, wird ihn nicht vermissen.  
L. Kälber.

**Verschiedene Drahtmeldungen.**

**Der Markkurs in Zürich.**  
(Eigener Drahtbericht)  
e. Zürich, 8. Nov. Die heutige Schlussnotierung: 100 Mark = 1,70 Gold, 1,80 Brief-Franken.

**Verheerende Wirkungen des Sturmes.**

Aus allen Teilen Deutschlands gehen Meldungen über Verwüstungen ein, die durch Unwetter angerichtet sind. In Kiel war der Sturm von hartem Hochwasser begleitet, das in der Stadt und in den Orten der Kieler-Börde erhebliche Schäden verursachte. Fischerboote sind gesunken. Einige Dampfer sind im westlichen Teil der Döise getrieben. Schneestürmen herrschte in Hannover und Dresden. Zahlreiche Telegraphen- u. Fernsprecheinrichtungen sind zerstört. Im Riesengebirge liegt der Schnee bis ein Meter hoch. Die Telegraphenverbindungen mit London sind seit dem 6. November auf englischem Gebiet unterbrochen. Störungen in den Telegraphenleitungen bestehen im Verkehr mit Frankreich, Holland, Belgien, Schweiz und Italien. Im Fernsprechtarif ist der Auslandsverkehr mit Wien, Prag, Budapest, Basel, Zürich, Mailand, Paris, Rotterdam und Kopenhagen gestört. Im inländischen Fernsprechtarif fehlt insbesondere die Verbindung mit Köln, Düsseldorf, Grefeld, Elberfeld, Essen und Bochum.

**Aufstand in der Ukraine.**

(Eigener Drahtbericht.)  
e. Lemberg, 8. Nov. Amtliche Mitteilungen berichten über ungewöhnlich starke und rasche Ausbreitung der Aufstandsbewegung in der Ukraine und Podolien, die mit der militärischen Operation der Pestsuratruppen in einigem Zusammenhang stehen und eine Massenflucht der Bevölkerung nach Polen hat. Pestsuraabteilungen sind in Brodskow einedrungen und haben sodann Kamenez-Podolsk, das zur Hauptstadt der Ukraine erhoben wurde, besetzt. In den Händen der Antiholochemisten befinden sich die Ortshaupten Belschn und Zhdin. Die Sowjetbehörden sind erschüttert und haben nach Podolien verlassen. Die Grenzschutztruppen am Czerniwer und bei Scala haben festgestellt, daß die anane Umeubuna bolschewikenfrei ist. Die Aufstandsbewegung hat sich auch auf die Gouvernements Kiew und Cherson ausgedehnt.

**Von Marokkanern erwordet.**

w. Mainz, 7. Nov. Wie die „Mainzer Volkszeitung“ aus Bingen berichtet, wurde dort der Unterleutnant der Sozialdemokratischen Partei, Franz Kröhl, in der Nacht vom Samstag zum Sonntag von einem marokkanischen Soldaten getötet. Kröhl befand sich in Begleitung eines Parteigenossen gegen 12 Uhr nachts auf dem Heimwege, an der Ecke Rheinstraße-Rathausstraße, während in der Nähe zwischen Schiffen und Marokkanern ein Streit ausgebrochen wurde. Die beiden gänzlich unbedeutend ihres Alters Gehenden wurden plötzlich von einem flüchtenden Marokkaner angegriffen. Kröhl wurde zu Boden geworfen und mit einem Seitengewehr in die Brust gestochen. Er starb nach wenigen Minuten; sein Begleiter benachrichtigte sofort die französische Kasernenwache, die die Bestattung der Täter veranlaßte.

**Bestellungen geräumt.**

(Eigener Drahtbericht.)  
w. Budapest, 8. Nov. Wie das Ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro mitteilt, haben nach Debener Meldungen die Insurgenten Bestellungen gänzlich geräumt.

**Nach Moskau geschickt.**

Berlin, 8. Nov. Die „Rote Fahne“ meldet, daß der aus der Strafarkhollmann entlassene Vorsitzende der S. P. D., Brandler, vor zwei Tagen in Moskau einetroffen ist.

Im Interesse der vielen Druckfeldenden sei an dieser Stelle nochmals besonders auf das Interes des Herrn W. Steiner Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

Man arbeite daher nur mit echter Braun'scher Stoffarbeit und fordere die lehrreiche Gratisbrochure Nr. 2 von Wilhelm Brauns, Ges. m. beschr. Haftung, Quedlinburg a. H.



Die vorbereitende Sitzung des Badischen Landtags.

Die neugewählten Abgeordneten des Landtags trafen gestern abend 6 Uhr zu einer vorbereitenden Sitzung zusammen. Mit Ausnahme der drei kommunikativen Abgeordneten waren alle Fraktionen und Gruppen nahezu vollständig vertreten.

Der Minister des Innern, Kemmelt, eröffnete die nichtöffentliche Sitzung und erklärte, das Staatsministerium habe das Ministerium der Finanzen beauftragt, die Abgeordneten zur Feststellung des Alterspräsidenten und der Jungparlamentäre einzuladen.

Nach Bildung des Büros begrüßte Alterspräsident Paasche das Haus, wies auf die schwere Lage Deutschlands hin und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Mitglieder des Badischen Landtags wiederum zusammenstehen würden.

Hierauf traten die Vertrauensmänner der einzelnen Parteien zur Besprechung zusammen. Die Sitzung wird vor Zusammenritt des Landtags in der evang. und in der kathol. Kirche am Mittwoch vormittag Gottesdienst stattfinden.

Die Konstituierung der Fraktionen. Die Zentrumsfraktion wählte zu ihrem Vorsitzenden Abg. Dr. Schöfer, 2. Vor. Abg. Wittmann, 3. Vor. Abg. Duffner, zum Schriftführer den Abg. Wiedemann und als weiteres Mitglied des Fraktionsvorstandes Abg. Seibert.

Die sozialdemokratische Fraktion wählte zum 1. Vor. den Abg. Marx, 2. Vor. Abg. Heideberg, 3. Vor. Strobel, zum Kassier Abg. Nauch und zum Schriftführer Abg. Wirth.

Die deutsche nationale Fraktion bestimmte zu ihrem 1. Vor. den Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe, zum 2. Vor. Abg. Habermeil.

Die Landbund wählte zum 1. Vor. Abg. Gehard und zum 2. Vor. Abg. Kläber und zum Schriftführer von Au (Wirtsh. Bg.).

Die Gruppe der Deutschen Volkspartei wählte zum Vorsitzenden den Abg. Weber.

Die demokratische Fraktion wählte zum 1. Vor. den Abg. Dr. Glöckner.

Der auf Grund der Landesliste als Vertreter der Wirtsh. Vereinigung gewählte Abg. v. Lu-Mannheim hat sich dem Landbund angeschlossen.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei legen dem Landtag einen Antrag vor, in dem darauf hingewiesen wird, daß nach § 16 Abschn. 4 der Geschäftsordnung für den Badischen Landtag vom 19. Nov. 1919 Parteien, die nicht mindestens 7 Mitglieder zählen, nicht als Partei im Sinne dieser Geschäftsordnung gelten und daher die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei von der Möglichkeit einer Fraktionsbildung und Beteiligung an den Ausschüssen des Landtags ausgeschlossen seien.

Die Angelegenheit Fraktionszahl von 7 Mitgliedern, sondern es ergebe sich bei den nunmehr 86 Abgeordneten die entsprechende Verhältniszahl von 85. Bei der allgemeinen Bedeutung der Deutschen Volkspartei stellen ihre dem Badischen Landtag angehörigen 5 Mitglieder die Bitte, daß in Abänderung des § 16 der Geschäftsordnung vom 19. Nov. 1919 bereits 5 Abgeordnete das Recht ausgebildet erhalten, sich als Fraktion im Sinne der Geschäftsordnung des Badischen Landtages zusammenzuschließen.

Die Israelitische Landesynode.

Karlsruhe, 7. Nov. In der Schlusssitzung der israelitischen Landesynode gab Synodalmittglied Schloßberger-Bruchsal den Bericht des Haushaltsausschusses über den Voranschlag 1921 bis 1923, der nach der zuletzt noch vorgenommenen Änderung nunmehr pro Jahr mit einer Endsumme von 2.325.000 Mk. abschließt.

Die Zuschüsse zu den Rabbinergehältern betragen 100.000 Mk., zu den Gehältern der Religionslehrer und Kantoren 900.000 Mk. Zur Unterstützung des Unterrichts in den Filialorten sind 80.000 Mk. für Instandhaltung der Gebäude 100.000 Mk. ausgemerkelt. Dem Pensionsfonds werden insgesamt 438.100 Mk. zugeführt, darunter 100.000 Mk. Fondsvermehrung. Für die Filialorte wurde die Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge durch die Lehrer gewünscht. Angeregt

wurde der Ausbau der Wanderbibliothek. Notwendig wäre es, daß die Gemeinden bei entsprechenden Anlässen das Friedrich-Luisen-Hospital in Bad Dürrenheim bedenken. Als Steuerfuß ergibt sich von den Vermögenssteuereinsparnissen 4,5 Pfa. von 100 Mk. von den Einkommenssteuererläufen 31,5 Pfa. von 1 Mk. Der Gesamtzuschlag wird einstimmig genehmigt.

Namens der Gehaltsregelungskommission berichtete Synodalmittglied Müller-Heidelberg über die Vorlagen bezüglich der Gehaltsverhältnisse der Rabbiner, Religionslehrer und Kantoren und deren Ruhegehälter. Die Vorlagen erwiesen sich angesichts der Wirtschaftsverhältnisse als sehr notwendig. Wertvoll ist die Neuaufstellung der Grundgehälter. Ohne einen sozial gesicherten Religionslehrer gehen die Landgemeinden zugrunde, weshalb eine entsprechende Regelung notwendig ist. Auch die Landgemeinden müssen sich an entsprechende Ausgaben für religiöse Zwecke gewöhnen. Die in der Verordnung festgelegten Sätze gelten als Mindestsätze. Die den Kultusbeamten abzurufenen Opfer werden sich lohnen. Durch die Gehaltsregelung soll der Geist des Vertrauens in alle Organe der Landeskirche getragen werden.

Zur Einzelberatung äußerten sich Synodalmittglied Grunmisch-Bruchsal, Vertreter des Oberrats Dr. Leewen-Freiburg, Synodalmittglied Koffewitz-Freiburg weist darauf hin, daß die meisten Ausgaben der Landeskirche direkt oder indirekt den kleinen Landgemeinden zufließen, und betont, daß die Synode für die Vehrung alles tat, was möglich war, wenn man auch gerne weiter gegangen wäre. Der Religionsunterricht auf dem Lande läßt viele Wünsche übrig. Schuld daran ist in der Hauptsache das Schwinden des religiösen Sinnes. Die Rabbiner sollten hier als Führer in die Landgemeinden kommen. Wir müssen die Landgemeinden wieder auf alten Höhe bringen. — Hierauf merkte die Vorlagen über die Gewährung von Ruhegehältern und über die Gehaltsverhältnisse der Rabbiner, Religionslehrer und Kantoren, sowie über die Dienstverhältnisse der Religionslehrer und Kantoren einstimmig an. Die Festsetzung der Ruhegehälter für Rabbiner, Lehrer und Kantoren mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 auf 25 Prozent des Grundgehältes und der Zulagezulage wird einstimmig genehmigt.

Auf eine Anfrage von Synodalmittglied D. Felschmann-Mannheim teilt der Vorsitzende des Oberrats Strauß mit, daß alles getan wird, alle Steuererläufe rechtzeitig zu erfüllen. — Synodalmittglied Dr. Felschmann-Mannheim weist darauf hin, daß es unbedingt nötig ist, den Lehrern und Lehrern, die man am Ende der Mittel ist. Wenn aus Minderbemitteltung umständlich sind, so sollte man deshalb bei erledigten Stellen ein Einsparung von Lehrstellen denken. Ebenso sollten auch vornehmlich nur Seminaristlich vorgebildete Lehrer und möglichst Seminarangehörige werden. Synodalmittglied Dr. Darmstädter-Rohrbach tritt ebenfalls für Einsparung von Lehrern ein, weist jedoch auf die darin liegende Gefahr für die Vehrung des religiösen Lebens hin. — Konferenzpräsident Dr. F. W. E. Klein-Mosbach tritt für Lehrerkonferenzen ein und hebt die Bedeutung dieser für die kleinen Gemeinden hervor. — Vorsitzender des Oberrats Dr. Strauß erklärt, daß all die Anrechnungen bereits früher in der Praxis bestätigt wurden. — Ein Antrag Schloßberger auf Vereinigung verschiedener Bezirkskassen wird dem Oberrat als Material überwiesen. Abg. Schloßberger bittet, Forderung hierüber auszusprechen. — In Abänderung der Besetzungsbekanntmachung vom 6. September 1920 wurde beschlossen, für jede weitere Klasse den Normallohn um je 100 Mk. zu erhöhen und des weiteren den Oberrat zu ermächtigen, bei besonderen Umständen an Stelle der dreijährigen dreijährigen Einschulungsdauer eine jährliche Einschulung stattfinden zu lassen.

Standes der neuen Kirchenverfassung teilt Vor. des Oberrats Dr. Strauß mit, daß in der letzten Ausschusssitzung vom Oktober n. J. Dr. Simon zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses ernannt wurde. Auf mehrere wiederholte Anfragen teilte Dr. Simon mit, die Vorarbeiten machen Fortschritte, jedoch erst zu Beginn der Synode könnten wir, daß der Unteranspruch sich in der Hauptsache auf den Entwurf Dr. Wälzer stützt. Dr. Simon erklärte mündlich, in etwa 14 Tagen den Entwurf vorlegen zu können. Wir wollen hoffen, daß im Januar eine Synode zur Durchberatung der Verfassung berufen werden kann.

Vor. Dr. Stein dankt dem Oberrat für seine mittrauenen Vorlesungen, den Hilfsarbeitern des Oberrats für ihre wertvolle Arbeit, weist schließlich auf die Bedeutung der feierlich wichtigen und notwendigen Einkommensfragen hin, anerkennt den guten Willen der Synode zur Erreichung des Wohlwollens und dankt dem Landtag für die Ueberlassung der Räume. — Synodalmittglied Koffewitz weist auf den harmonischen Verlauf der Synode hin, was ein Verdienst des Präsesenten ist, dem namens der Synode der Dank ausgesprochen wird. (Beifall). — Vor. des Oberrats Dr. Strauß weist auf die vorbildliche Festung der Synode hin, dankt den Abg. und vor allem dem Präsesenten für seine vorbildliche Geschäftsverteilung und schließlich die Synode um 8.30 Uhr.

Aus Baden. Amliche Nachrichten. Ernennungen, Verleihungen usw. Ernann: zu Professoren: die Dekanatspräsidenten Dr. Josef Zentke von Bruchsal am Realprogymnasium mit Realschule in Badstätt, Robert Schöcherer von Schmalbach an der Realschule in Neustadt i. S., Dr. Adolf Groß in Dill-Weihenheim und Dr. Karl Schwarz von Reutberg an der Oberrealschule in Reut. Dr. Wilhelm Ulrich von Delsheim an der Realschule in Gernsbach. Professor Viktor Pfeiffer an der Oberrealschule in Pforzheim am Direktor der neu errichteten Realschule in Pforzheim.

Verleitet: die Professoren: Dr. Ernst Jodera von der Oberrealschule in Reut. an jene in Pforzheim, Georg Schmitt von der Realschule in Radolfzell an das

Realprogymnasium in Säckingen und Julius Rapp vom Realprogymnasium in Badstätt an die Realschule in Radolfzell; Otto Kraus, Wilhelm Vanmann, Otto Arnold, Arthur Reinfaris, August Sellinger, Dr. Alfred Bergold, Simon Kassewits, Edward Förtla, Emil Hornmeier, Hermann Specht und Wilhelm Birfel, von der Oberrealschule in Pforzheim an die Realschule in Pforzheim.

Gewerberat Niederbühl. 1. Kapitäl, 8. Nov. Der Präsident der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Gewerberat A. Niederbühl, hat eine Berufung nach Berlin in den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat erhalten.

Badischer Beamtenbund. Der Badische Beamtenbund ist aus Anlaß der bevorstehenden Neuregelung des Beamtendiensteinkommens unter dem 2. November d. J. bei der Reichs- und Landesregierung dahin vorkellig geworden, daß die Einkommensverhältnisse der unteren Gruppen noch mehr verbessert und ein Mindesteinkommen gewährt wird.

Konferenz der Süddeutschen und Schweizerischen Handelskammern. 1. Konstanz, 7. Nov. An Anwesenheit von Vertretern der Reichsregierung und der badischen Regierung tagten hier gestern die Süddeutschen Handelskammern und die Handelskammer in der Schweiz. Die Reichsregierung war auf der Tagung durch Ministerialrat Dr. Sittner heim und die badische Regierung durch Ministerialrat Föhrenbach vertreten. Die Tagung, die etwa 180 Teilnehmer zählte, beschäftigte sich u. a. mit der wirtschaftlichen Lage in der Schweiz und ihrer Auswirkung auf den deutsch-schweizerischen Güterauslaufs. Eine hierzu angenommene Entschließung befragt: Die katastrophale Entwertung der deutschen Währung beweist, daß die durch den Versailler Friedensvertrag und das Londoner Ultimatum Deutschland auferlegten Lasten die Grenze der deutschen Zahlungswirtschaft übersteigen. Der drohende wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands muß bei der unläßbaren Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse der europäischen Wirtschaft und damit die gesamte Weltwirtschaft mit sich reißen. Eine Gesundung ist nach Ueberzeugung der Versammlung nur durch unverzügliche Revision des Versailler Friedensvertrages mit seinen vernichtenden wirtschaftlichen Auswirkungen erreichbar.

Einen breiten Raum in den Besprechungen nahmen weiter die Gold- und Krentenhypothekfrage, sowie der kaatliche Schutz für die deutschen Valutaschuldner hinsichtlich der zinshypothekartigen besetzten Schulden ein. Hier wurde es als Wunsch des Reiches bezeichnet, heftig einzureißen. In diesem Sinne wurde auch eine Entschließung angenommen. — Nachmittags wurden Vorträge gehalten über den Grenzverkehr, über die Paf- und Zollkontrolle und über den schweizerischen Veredelungsverkehr.

1. Ettfeld b. Bruchsal, 8. Nov. Bei dem Gewitter am Sonntag schlug der Blitz in die Scheune des Landwirts August Hammer und löschte diese sowie einen danebenstehenden Scheunenschopf vollständig ein.

1. Breiten, 8. Nov. Stadtpfarrer Wirth, der Vorsitzende der Evang. Konferenz (positive Richtung), wurde der Titel eines Kirchenrats und von der theologischen Fakultät der Universität Heidelberg die Ehrendoktorwürde verliehen.

1. Rohrbach b. Breiten, 8. Nov. Zu dem von uns schon kurz gemeldeten Großfeuer, das am Sonntag abend hier ausbrach, werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Dem Brand sind sechs Wohnhäuser, sieben Scheunen und verschiedene Nebengebäude zum Opfer gefallen. Das Feuer war am Sonntag abend 10 Uhr in dem Gebäude des Landwirts Martin Eisenbuth ausgebrochen, das bei dem heftigen Wind so rasch um sich griff, daß die Bewohner nur das nackte Leben retten konnten. Alle ihre Fahrnisse sind verbrannt. Nur das Großvieh konnte aus dem schon brennenden Stalle herausgehoben werden. Mit großer Bewandlung teilte sich das Feuer auf die anliegenden Anwesen aus. Die Brandbesitzer sind: Die Landwirte Martin Eisenbuth, Leivert, Karl Widenhauser, Anton Kraus Wm., Jakob Schwarzmater, Rudolf Weiland, Otto Puh und Pöwenwirt Josef Wairhöfer. Sie haben sämtlich Hab und Gut verloren. Die einheimische Feuerwehr wurde bei den sehr schwierigen Vorkarbeiten von den Feuerweh- von Eppingen und einigen benachbarten Gemeinden unterstützt. Der Schaden ist noch nicht abzuschätzen, aber sehr groß.

1. Weiskirch, 8. Nov. In Kilsheim fiel das 2½ jährige Kind des Landwirts Josef Kellner in einen Kessel mit heißem Wasser und starb an den erlittenen Brandwunden.

1. Heidelberg, 8. Nov. Bei den Ausgrabungen in der Ruine des Michaelsklosters auf dem Heiligenberg ließ man auf Mauerwerk von Bauten aus dem 9. Jahrhundert (Karolinger Zeit) und außerdem machte man die Entdeckung, daß die römischen Wälle der Mauer von einem Baumstamm der Römer herühren, das bekanntlich vor dem Kloster und seiner Kirche auf dem Heiligenberg standen hat. — Aus Südamerika ist der Heidelberger Reinerentensende der Betrag von 20.000 Mark übermiesen worden.

1. Weihenbach i. Murgtal, 8. Nov. Gestern entgleisten auf dem hiesigen Bahnhof infolge falscher Weichenstellung die Lokomotive und der Personalmagen eines ausfahrenden Güterzuges, wodurch das durchgehende Hauptgleis gesperrt wurde. Verletzt wurde niemand. Von morgen ab wird der durchgehende Verkehr wieder aufgenommen.

1. Baden-Baden, 8. Nov. Nach gemeinsamer Beratung mit dem Finanzamt hat der Stadtrat den Entwurf des Haushaltsplans für 1921 fertiggestellt. Nach diesem ist zur Deckung des Fehlbetrags zwischen Einnahmen und Ausgaben die Erhebung einer Umlage von 1,42 Mk. auf

100 Mk. Steuerwert des liegenschaftlichen und gewerblichen Betriebsvermögens (mit den gleichzeitigen Zuschlägen für einzelne geschätzte und klassifizierte Grundstücke) erforderlich. Der Entwurf wird dem Bürgerausschuß in seiner nächsten Sitzung zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden. — Die Nachprüfung der Lage des Arbeitsmarktes hat ergeben, daß zurzeit von einer erheblichen Arbeitslosigkeit, welche besondere Maßnahmen nötig machen würde, nicht gesprochen werden kann und auch nicht eintreten wird. Trotzdem werden beim Bürgerausschuß fürsorgerisch für im Bedarfsfall auszuführende städtische Notstandsarbeiten 500.000 Mark angefordert. — Der Internationale Club hat dem Stadtrat von dem sehr befriedigenden Ergebnis der Abrechnung über die diesjährigen Neuen Mitteilung gemacht und den Dank für die städtische Unterstützung und die Förderung durch die Bürgerschaft ausgesprochen.

1. Oberwinden b. Badstätt, 8. Nov. In einem hiesigen Sägewerk erlitt der Säger Anton Weiskirch infolge Zerreißen einer Seile so schwere Verletzungen, daß er starb.

1. Weihenbach b. Weihenbach, 8. Nov. Der Bürgerausschuß hat der Errichtung eines Wasserkraftwerks im Nischal mit großer Mehrheit zugestimmt. Der Bau des Kraftwerks soll so beschleunigt werden, daß schon für die Winterperiode 1922 Strom abgegeben werden kann. Die Kosten sind auf 12 Millionen Mark errechnet. Die Leistung des Kraftwerks nach seinem Vollaufbau würde 1,5 Millionen Kilowattstunden betragen.

1. Nieheim b. Weihenbach, 8. Nov. Durch Feuer sind die beiden Anwesen mit Scheunen der Landwirte Gruber und Glat in Schutz und Mische gelegt worden. Außer dem Viehbestand konnte nahezu nichts gerettet werden.

1. Pfaffenbach, 8. Nov. In der benachbarten hohenzollerischen Gemeinde Taubensbrunn brach am Sonntag während nahezu alle Bewohner in der Kirche waren, im Hause der Witwe Braun Feuer aus. Das Gebäude wurde vollständig zerstört. Mehrere Stück Vieh, Schweine, eine Dreschmaschine und die gesamte adroschene Ernte wurde vernichtet.

1. Konstanz, 8. Nov. Seit den letzten Regenfällen steigt der Bodensee; auch der Rhein ist zwischen Schaffhausen und Basel um einen Meter gestiegen.

1. Eingen a. S., 8. Nov. Auf dem hier abgehaltenen Berganfangerkfest wurde beschlossen, hier eine Sängerkapelle mit einem Aufwand von über 1 Million Mark zu errichten.

Karlsruher Bürgerausschuß.

(Eigener Bericht.) In der gestrigen Sitzung waren bei Festhaltung der Präsenz 78 Mitglieder anwesend.

Kleine Anfragen. Die Zentrumsfraktion ersucht um Auskunft, wie weit der

Abbau der Stadt, Bekleidungsstelle gediehen sei. Bürgermeister Dr. v. Horstmann antwortete: Der vor nunmehr Jahresfrist begonnene Abbau der städtischen Bekleidungsstelle geht seinem Ende zu. Nach Abschluß eines größeren Teils der vorhandenen Lagerbestände im Laufe des vergangenen Winters hat der Abbau während des langen heißen Sommers etwas geteilt, zumal es sich bei den Beständen der Bekleidungsstelle in der Hauptsache um Winterfächer handelt. Seit einigen Wochen hat der Verkauf, begünstigt durch die rapide Steigerung der Preise für Kleidungsstücke jeder Art, wieder stark eingesetzt, jedoch erwartet werden kann, daß der Abbau wohl noch vor Ablauf dieses Winters im wesentlichen zum Abschluß kommt. Die erforderlichen Müdigungen gegenüber dem Personal sind bereits ausgesprochen.

Die gleiche Fraktion stellte folgende Anfrage: In der letzten Zeit gingen durch die Tagespresse wiederholt Nachrichten aus verschiedenen Städten über

Maßnahmen zugunsten der schwer noleidenden Kleinrentner.

Wir eruchen um Mitteilung, was in Karlsruhe auf diesem wichtigen Fürsorgegebiet bisher schon geschehen ist. Gleichzeitig bitten wir um Auskunft, welche Schritte von der Stadtverwaltung beabsichtigt sind, um die immer schwieriger werdende Lage der von der Teuerung am schwersten betroffenen Schicht unserer Bevölkerung zu erleichtern.

Die Zentrumsfraktion hält es für dringend geboten, daß umgehend von der Stadtverwaltung alle Schritte unternommen werden, die angesichts des beginnenden harten Winters geeignet sind, gemeinsam mit Reich und Staat dem verzarmten Kleinrentnerhande zu helfen. Es dürfte auch hier zweckmäßig sein, eine besondere Fürsorgekommission unter Zug von Stadterordneten und sonstigen in der Wohlfahrtspflege erfahrenen Personen zu bilden.

Darauf wurde geantwortet: Zunächst ist festzustellen, daß das Städt. Fürsorgeamt in seiner durch die Gemeindefestsetzung vom 8. Februar 1920 geschaffenen Neuorganisation grundsätzlich allen Hilfsbedürftigen zur Verfügung steht, die nicht inskandide sind, sich aus eigener Kraft oder vermittelt allgem. einer Maßnahmen der Wohlfahrtspflege in ihrer Existenz zu erhalten. Es ist die vorkelligste Aufgabe des Städt. Fürsorgeamts, sich in der Ausübung dieser Fürsorge so zu betätigen, daß es für niemanden, der sich in einer unvermeidlichen Kapitalrentner, eine unbillige Zumutung bedeutet, das Fürsorgeamt in Anspruch zu nehmen.

Allgemeine Wohlfahrtsmaßnahmen zu Gunsten des durch die Geldentwertung betroffenen Standes der Kleinrentner zu treffen, ist an sich Sache des Reichs, das ja solche Maßnahmen bereits für die allernächste Zeit in Aussicht gestellt hat.

Gleichwohl hat auch die Stadt Karlsruhe in der Kleinrentnerfürsorge schon vor einiger Zeit mit Besondere Maßnahmen wirksam eingegriffen. So hat sie schon vor etwa einem halben Jahre mit sämtlichen Inlaffen des

Platzminderhauses am Mühlburger Tor, die fast ausnahmslos zur Gruppe der Kapitalfleurer gehören, sog. Ratendarlehensträger abgeschlossen, durch die es den Inhabern vermittelt beträchtlicher jährlicher Zuschüsse der Stadt ermöglicht wird, trotz der ständig steigenden Anhaltsverpflegungskosten bis Lebende in der Anhalt zu verbleiben, unter der alleinigen Voraussetzung, daß das vorhandene Kapitalvermögen, soweit es dazu ausreicht, zur Sicherung der Leistungen der Stadtgemeinde verpfändet wird. Ueber den Abschluß ähnlicher Verträge mit den Anhalten anderer hiesiger Anhalten und Gemeine sind Verhandlungen im Gange, und außerdem ist in Aussicht genommen, nach Bedarf Ratendarlehensträger auch mit solchen bedürftigen Kleinrentnern zu schließen, denen hierdurch auch außerhalb eines Heims oder einer Anhalt ein zum Lebensunterhalt ausreichendes Jahreseinkommen gegen Verpfändung ihres Kapitalvermögens gesichert werden soll. Eine Besprechung hierüber zwecks näherer Vereinbarung der Grundzüge wird demnächst mit der hiesigen Ortsgruppe des Kleinrentnerbundes stattfinden. Die zur Durchführung der geschilderten Maßnahmen für das laufende Jahr erforderlichen Mittel sind mit rund 300 000 Mark im diesjährigen Voranschlag, der dem Bürgerausschuß in wenigen Wochen zugehen wird, vorgesehen. Vom badischen Staat ist eine Beihilfe aus Staatsmitteln in Höhe von etwa der Hälfte dieses Betrages zu erwarten.

Der deutschnationale Stadtv. Eisinger stellt folgende Anfrage:

An den weitesten Kreisen der Bürgerschaft besteht ein lebhaftes Interesse dafür, ob, in welcher Weise und in welchem Umfang das Reich seinen Verpflichtungen der Stadt gegenüber

durch die Abführung der Gemeinde-Einkommensteuerung seit 1. April 1920 nachzukommen ist. Die dauernd steigende Belastung des Betriebs- und Gewerkschaftsvermögens, deren Abwälzung auf Steuern und Mieten, wird als indirekte Gemeinde-Einkommensteuerung empfunden. Mit der Stadtverwaltung in der Raue und bereit, dem Bürgerausschuß eine erschöpfende Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse zu geben, insbesondere die Soll- und Haben-Petrone zu nennen, welche das Reich als wesentliche Gegenleistung für die Abführung der Gemeindeeinkommensteuer und zum teilweisen Ausgleich des städtischen Haushalts zu leisten hätte bzw. leistet hat?

Mit alledem verbunden, das Reich anzuhalten, seine Verpflichtungen unserer Stadt gegenüber pünktlich zu erfüllen?

Welchen Einfluß haben die Reichleistungen bisher auf den Stadthandhabstand?

Könnte bei pünktlicher Entrichtung der Abführungsummen durch das Reich der Stadthandhabstand aufzufüllen in etwa erleichtert werden, daß für eine absehbare Zeit mit etwaigen gleichmächtigen Steuerleistungen der Einwohnererschaft gerechnet werden könnte?

Darauf wurde folgende Antwort gegeben:

Der Mindestanspruch der Stadt aus der Reichseinkommensteuer ist nach den Grundzügen, wie sie zwischen dem Reichsrat und dem Reichsfinanzministerium am 21. und 22. Mai 1920 vereinbart wurden, zunächst nur vorläufig bestimmt worden, weil das Aufkommen (statistischer Einnahmen), das der Berechnung des Mindestanspruchs anzurechnen ist, noch nicht festgestellt ist. Die endgültige Festsetzung findet nach der Reichsratsvereinbarung erst nach dem Stand vom 31. März 1923 statt.

Der vorläufige Mindestanspruch beträgt 26 400 137 M. Für das Jahr 1920 hat das Reich abgeführt 26 254 678 M. Es fehlen also noch 211 459 M. Auf diesen Betrag will das Finanzamt erst Zahlung leisten, wenn feststeht, ob und wieviel nach Berücksichtigung der nach § 56 Abs. 6 U.S.G. anzurechnenden Umlastungen und der Nachzahlungen nach § 59 Abs. 6 U.S.G. der Mindestanspruch noch un erfüllt ist. Die der Stadt anfallende Umlastungen und die Jahreszinsen wurden dieser bezahlt.

Das Reich blieb anfänglich sehr im Rückstand mit seinen Leistungen. Der hierdurch der Stadt im Jahr 1920 erwachsene Zinsaufwand für vorübergehend aufgenommene Kontokorrenten wurde ihr jedoch mit 220 551 M vom Reich erstet.

Für das Rechnungsjahr 1921 sind bisher überwiesen 11 928 000 M. Nach Erfundlungen beim Finanzamt wird eine weitere Anweisung in 4-5 Raten erfolgen. Deren Höhe kann das Finanzamt noch nicht angeben, weil die Abschreibungen ihm noch nicht vorliegen. Für das Rechnungsjahr 1921 entsprechen daher die Leistungen des Reichs dem Anspruch der Stadt annähernd.

Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß die Stadt mit Erfolge bemüht war, ihre Ansprüche beim Reich zu vertreten. Einen schädlichen Einfluß auf die städtische Geldwirtschaft haben die künftigen Zahlungen des Reiches nicht gehabt, weil das Reich nachträglich die Zinsen veranlaßt hat. Gleichmäßige Steuerleistungen der Einwohnererschaft lassen sich erst erzielen, wenn alle wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt und ihrer Bewohner wieder ruhiger geworden sind.

Im Voranschlag 1920 erscheint als Mindestanspruch der Stadt die Summe von 26 400 000 M, errechnet auf Grund einer Nachweisung vom badischen Ministerium des Innern, die aber durch die oben erwähnte Vereinbarung zwischen Reichsrat und Reichsfinanzministerium ersetzt ist. Im Entwurf des Voranschlags 1921 ist nur der ermäßigte Betrag von 26 400 000 M vorgesehen, und bei der Berechnung des Rechnungsbudgets für 1921 ebenfalls die ermäßigte Summe anzurechnen.

Ueber das tatsächliche Ergebnis der Reichseinkommensteuer läßt sich auch schätzungsweise noch nichts sagen, doch rechnet man auf einen Mehrertrag gegenüber der veranschlagten Summe. Bestimmte Riffern könnte die städtische Steuerbehörde nicht nennen. Demgemäß läßt sich auch noch nicht feststellen, welche Wirkung das Verteilungsgesetz endgültig haben wird. Die deutschen Städte streben bekanntlich eine härtere Beteiligung an der Einkommensteuer und andere Reichsteuern an, da der zurunde gelegte Betrag von 1919+25 Prozent Zuschlag für die infolge der raschen Geldentwertung oekologischen Bedürfnisse bei weitem nicht ausreicht.

Die Stadtv. Strobel, Peter und Wittmann von der Rentruksaktion lesen folgende Anfragen vor:

Es ist schon wiederholt aufgefallen, daß Gehaltsrückstellungen und Feuerungsanlagen an die Lehrerschaft

aller Kategorien hiesiger Stadt immer erst mehrere Wochen nach denen der übrigen Beamten durch die Stadthauptkasse zur Verfügung gelangen. Die Lehrerschaft ist durch diese anhaltend verzögerten Auszahlungen finanziell gestellt wiederholt schwer wirtschaftlich geschädigt worden, denn bis die Gelder in ihre Hände kamen, hatte die Kaufkraft des Geldes einen weiteren Rückschlag zu verzeichnen, wodurch die Feuerungsanlagen zu einem großen Teil inaktiv wurden.

Diese Schädigung machte sich namentlich letzten Herbst schwer fühlbar, als infolge Manuelsbarer Gehaltsmittel Vorratseinkäufe für den Winter erst später unter Aufwand bedeutend höherer Geldmittel gemacht werden konnten. Die Entrichtung der Lehrerschaft über diese fortwährende Zurückstellung ist daher eine sehr große und sie ist umso erbitterter, als die Schuld an dieser dauernden Zurückstellung auf die vorerwähnte Pflicht verantwortlicher Beamter der Stadthauptkasse zurückzuführen soll.

In einer hiesigen Wirtschaft (Krochbil) soll ein städtischer Beamter geäußert haben: „Die Schulmeister bekommen ihre Sachen zuletzt.“ Wir richten daher an das Bürgermeisteramt der Landeshauptstadt folgende Anfragen:

1. Verubien die geschätzten Vorkäufe auf Wahrheit?
2. Sind diese dem Bürgermeisteramt bekannt?
3. Wenn ja, was hat das Bürgermeisteramt getan, um einen arroken Teil der hiesigen Lehrerschaft vor so schweren und belästigenden Verfehlungen eines städtischen Beamten zu schützen?
4. Was bedeutet das Bürgermeisteramt zu tun, um solchen standstillen Zuständen ein- und für allemal ein Ende zu machen, d. h. auch die Lehrerschaft künftig mit den übrigen Beamten in die ihr ordnungsgemäß zustehenden Gehaltsstelle zu setzen.

Vom Bürgermeisteramt wurde erwidert:

Die Gehaltsabteilung der Stadthauptkasse ist infolge der ständig sich wiederholenden neuen Berechnungen und Zahlungen außerordentlich in Anspruch genommen. Von einer absichtlichen Verzögerung kann keine Rede sein, am wenigsten von einer vorläufigen Zurückstellung einer bestimmten Beamtensklasse. Die Zahlungen werden vielmehr bei der Stadthauptkasse in der Reihenfolge des Eintreffens bearbeitet. Beständig der Lehrer ist dabei zu berücksichtigen, daß seit Inkrafttreten des Steuerwertverteilungsgesetzes an alle Lehrer, auch die der Volksschule, die Zahlung erst auf Weisung des Ministeriums erfolgt. Daraus erklärt sich, daß die städtischen Beamten ihre außerordentlichen Bezüge früher als die Lehrer erhalten haben, weil hier die Stadt nicht auf

Anweisung von dritter Seite zu warten hatte. Die Anweisungen für die Lehrer der Volksschule gehen an das Rektorat, von diesem an das Rechnungsammt zur Prüfung, dann an die Stadthauptkasse; hier wird für jeden einzelnen Zahlunadsberechtigten der ihm zukommende Betrag berechnet. Die Anweisungen für die erhöhte Feuerungsanlage gehen in den Tagen vom 22.-25. Oktober bei der Gehaltsabteilung der Stadthauptkasse ein und sind von dieser befristet bearbeitet worden.

Die Anfrage enthält den Vorwurf der Pflichtwidrigkeit gegen städtische Beamte. Näheres hierüber wird die Untersuchung ergeben; eine vorläufige Erhebung erachtete keinelei Anhalt dafür, daß der Inhalt des in der Anfrage wiedererwähnten Wirtschaftsgesetzes eine sachliche Grundlage hat.

Eine zweite Anfrage des Stadtv. Eisinger lautet:

In der Presse wurde verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, daß Karlsruher Einwohner, die für den 42. Perzenttag infolge Aufhebung des Fremdenverkehrsvereins ein Zimmer ihrer Wohnung kostenlos für die Gäste dieser Tagung zur Verfügung stellten, mit der Fremdensteuer

belastet wurden und überdies eine Kommission des Wohnungsamts eine Nachschau habe abhalten lassen, um „die überschüssigen Räume“ zu beschlagnahmen.

Sind der Stadtverwaltung solche Vorgänge bekannt und was wird sie tun, um Wiederholungen solcher den Ruf Karlsruhes als Kongressstadt schädigenden Vorkommnisse zu verhüten. Die Antwort lautet:

1. Nach § 78 der Städteordnung in der Fassung des Gesetzes vom 25. März 1920 und § 1 der städt. Bestimmungen über die Entrichtung einer Fremdensteuer vom 8. Juli 1920 erhebt die Stadt von den Fremden eine Fremdensteuer, wenn sie in Räumen übernachten, in denen das Verbergen gegen Entgelt betrieben wird. Dementsprechend ist die Steuer auch erhoben worden von den Besuchern des 42. Deutschen Perzenttages, soweit sie durch Vermittlung des Verkehrsvereins Quartier gegen Entgelt dorthin erhalten haben. Die Inhaber der Unterkunftsräume sind von dem Verkehrsverein auf Veranlassung der Steuerabteilung des Städt. Rechnungsamts auf die Steuerpflicht der Fremden noch besonders aufmerksam gemacht worden. In Fällen, in denen das Logis unentgeltlich gewährt wurde, konnte eine Steuer nicht erhoben werden und ist nicht erhoben worden.

2. Die Behauptung, daß eine Kommission des Wohnungsamts bei den Vermietern solcher Privatlogis eine Nachschau habe abhalten lassen, um die „überschüssigen Räume“ zu beschlagnahmen, entspricht nicht den Tatsachen. Das Wohnungsamt hat sich mit den in Betracht kommenden Räumen aus dem erwähnten Anlaß nicht befaßt. Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetragen.

Darlegen an die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle G. m. b. H.

Bürgermeister Sauer verweist auf die gedruckte Vorlage.

Stadtv. Reumann (Dem.) will namens des geschäftstleitenden Vorstandes unterlucht wissen, ob durch die Beschäftigungsstelle verschiedenen Gewerbetreibender Konkurrenz gemacht werde. Wenn auch jetzt keine Arbeitslosigkeit herrsche, so könne es doch bald anders werden. In diesem Falle könne die Stelle sehr nützlich wirken, da ihre Aufgabe ist, Arbeitslosen und Erwerbsbeschränkten Beschäftigung zu geben. Die Arbeitsbedingungen sind sehr gut, und deshalb ist der geforderte Kredit von 500 000 M zu gewähren. Ein Verlust dürfte nicht entstehen, wenn die vorhandenen Vorräte rechtzeitig abgekauft werden. Auch der Staat sollte das Unternehmen durch dauernde Bewilligung von 200 000 M unterstützen und diese Summe nicht auf die Leistung verrechnen. Der Redner stimmt schließlich der Vorlage zu.

Stadtv. Fischer (Dem.): Bei Beschaffung von Maschinen soll man nicht zu weit gehen. Er möchte wissen, was die Stadt an Darlehen und Bürgschaften bereits geleistet hat. Im übrigen stimmt er der Vorlage zu mit dem Wunsch, daß die Einrichtung zum Geden der Erwerbslosen wirken möge.

Oberbürgermeister Dr. Finter teilt mit, daß die vom Vorredner verlangte Aufstellung mit dem Voranschlag annehmen wird.

Stadtv. Fischer (Str.) ist der Meinung, daß das Unternehmen für die Geschäftswelt keine Konkurrenz bedeute. Ein Ausbau sei noch möglich. Auch dieser Redner stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Menzinger (Str.) betont, daß das Unternehmen in vorläufiger Verfassung sei und die Leistung jedes Vertrauen verdiene.

Sichtlich der Ausführung der Vorlage bemerkt er, daß bei den Konsumtorschwankungen der Rohstoffpreise keinerlei Verbindungen übernommen worden sei. Die Preise sind Tageweise. Auch in dieser Hinsicht ist vorläufig operiert worden. Die Gestaltung der Preise geschieht im Benehmen mit den Auftragsgebern. Der neu aufgenommene Zweig, die Rohstoffpreise, habe für Karlsruhe einen neuen Industriezweig eröffnet. Er bittet, dem Antrag auszusprechen.

Stadtv. Böhringer (Soa.) tritt für das Unternehmen ein, da es sehr nützlich gewirkt habe.

Stadtv. Freithaupt (D.M.) stimmt ebenfalls der Vorlage zu.

Bürgermeister Sauer ist im Prinzip für einen Ausbau des Unternehmens, doch müsse Vorkehrungen getroffen werden. Etwaige Pläne werden mit den verschiedenen Organisationen besprochen. Zur Leistung des Unternehmens ist ein städtischer Beamter beauftragt.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Neufestsetzung der Steuern der Häuserklasse. Stadtv. Wittmann (Str.) sieht in der Einwirkung der Beschleunigung ein Mittel zur Förderung des Wohnungsbauwesens. Einzelne Bestimmungen sind nicht am Platze. Die Beschleunigungsvorschriften sind vorläufig. Die Forderung des Erwerbslosen ist eine Mittelstandsfrage und der Unterhaltung wert. Weiter sprechen Stadtv. Fischer (Dem.), Böhringer (Soa.), Weich (D.M.) in Zustimmung dem Sinne.

Es erfolgt einstimmige Annahme.

Stromversorgung von Maxau. Oberbürgermeister Dr. Finter bearbeitet kurz die Vorlage. Nach Bemerkungen der Stadtverordneten Heuser (Dem.), Seinaemann (D.M.) und Erhöhung der in Betracht kommenden Summe auf 320 000 M wird die Vorlage angenommen.

Erhöhung des allgemeinen Kredits für die Erweiterung des Kabinettes usw. Die Vorlage wird nach Bemerkungen des Stadtv. Heuser (Dem.) und Seinaemann (D.M.) angenommen.

Der Nachtakkredit für die 2000-Mark-Transformatorstation Ost und für die Gleichrichteranlage im Rheinhafen-Luftwerk wird bewilligt.

Des weiteren wurden Grundstücksangelegenheiten erledigt. Sämtliche Vorlagen fanden Zustimmung.

Der Ankauf des Holzbestandes auf dem Wagnersbühlchen der Garbwaldbestellung wird genehmigt. Der Gegenstand ist aus der Veröffentlichung bekannt.

Damit war die Sitzung beendet.

Anfragen werden am Donnerstag, dem 10. November, im Ratssaal beantwortet.

Briefkasten.

E. S. für den Ankauf „Dreizehlers“ haben keinen Bedarf.

Feinschmecker



rauchen nach wie vor

**SALEM**

**ALEIKUM**

**GOLD**

ZIGARETTEN

Nr. 40rot 50grün 60orange 80gelb  
40 50 60 80Pf.  
Cavalier 80Pf. Cabinet Mk. 1.25



Die gasgefüllte Osram-Nitra-Lampe vereinigt in sich alle Vorzüge der modernen elektrischen Glühlampe.

**OSRAM NITRA**

Erhältlich in den Osram-verkaufsstellen.